

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder
sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Schmalenbeckerstrasse 17.

Lohnbewegung.

Buzug ist fernzuhalten von Stettin.

Ueber folgende Werkstellen wurde die Sperre verhängt: Düsseldorf, Blumberg u. Witte; Erfurt, C. Schröter; Esslingen, J. Wegener; Frankenthal, Kopfmüller; Heidelberg, Maier; Laumburg a. S., Kamstädt; Nostock, W. Schling und C. Rambow; Barel, Aug. Lutz; Stettin, Kunst auf dem Arbeitsnachweis.

Der Kampf um die Streiklausel.

II.

Der ausgesprochene Zweck, den die Bauunternehmer mit der Einführung der Streiklausel in die Bauverträge verfolgen, ist der, ihre Arbeiter zwingen zu können, wenn diese irgend welche Forderungen stellen. Die „Herren im Hause“ betrachten die Klausel als eine Zuchttruthe gegen die „unbotmäßigen, unzufriedenen, unverschämten“ Arbeiter. So erklärte auf dem Verbandstage der deutschen Grundeigentümervereine in Erfurt der bekannte Baumeister Döbler-Berlin, der Vorsitzende des Verbandes Berliner Baugeschäfte, daß die Unternehmer zu diesen Schutzmaßnahmen gezwungen seien, wollten sie anders ihre Autorität auf dem Bau aufrechterhalten. Durch jahrelanges plannmäßiges Vorgehen der Arbeiter, deren Agitatoren ein Interesse am Schüren von Unzufriedenheit hätten, würden die Unternehmer einzeln abgemurkelt. Da jeder Wurm sich krümme, wenn er getreten werde, so seien auch sie endlich zu Abwehrmaßnahmen, zur Streiklausel, gekommen. Die Einführung derselben liege nicht nur im Interesse der Werkmeister, sondern sei eine Frage deutschnationaler Natur. Die Streiklausel sei ein Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie und da dürften die Hausbesitzer nicht zurückstehen.

In gleicher Weise wurde die Frage der Streiklausel auch auf dem am 20. August dieses Jahres in Hamburg tagenden 13. Bezirkstage des „Norddeutschen Zimmungs-Bezirksverbandes“ behandelt. Nach den Berichten bürgerlicher Blätter wurde von den verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß in Anbetracht der Handlungsweise der Arbeiter die Einführung der Streiklausel in den Kontrakten herbeigeführt werden muß; die letzten Zeiten haben zur Genüge bewiesen, daß die Arbeiter fortwährend mit Forderungen an die Arbeitgeber herantreten, gegenüber solchen oft ganz überraschend gestellten Forderungen sei die Festslegung der Streiklausel von eminenter Wichtigkeit, nur dadurch sei es möglich, den oft ganz ungerechtfertigt gestellten Forderungen entgegen zu treten. Bei der Werftarbeiterbewegung in Hamburg, wo die Werkbesitzer eben durch die Streiklausel geschützt sind, zeige sich die große Nothwendigkeit der Einführung der Streiklausel im Baugewerbe. Nach beendeter Debatte wurde der Beschluß gefaßt, sowohl bei den Behörden als auch bei den Architekten betreffend Einführung der Streiklausel in sämtlichen Kontrakten vorstellig zu werden.

Ein unglücklicheres Beispiel, als die „Werftarbeiterbewegung in Hamburg“ hätten die Zimmungsbrüder wohl kaum wählen können, um ihre Forderung zu begründen. Bekanntlich haben die Hamburger Werkbesitzer, eben weil sie sich durch die Streiklausel geschützt wußten, mehr als 3000 Arbeiter aus reiner Frivolität, ledig-

lich um einen Nachtkittel zu befriedigen, auf die Straße geworfen. Haben die Zimmungsbrüder vielleicht auch Lust, einmal den großen Herrn zu spielen und eine Nachtprobe zu veranstalten? Wenn sie das wollen, so soll es ihnen unbenommen bleiben, sie mögen es aber auf ihre eigene Rechnung und Gefahr hin thun; eine Unverschämtheit sondersgleichen ist es, die Kosten dieser brutalen Handlungsweise obendrein noch auf die Schultern dritter Personen abwälzen zu wollen.

Hierin liegt die sozialpolitische Bedeutung der Streiklausel, auf die von Seiten der Arbeiter immer wieder hingewiesen werden muß. Die Arbeiter sind der gewiß vernünftigen Ansicht, daß sich in einen Streit zweier Gruppen kein Dritter hineinmischen hat und daß es der Sozial-Gerechtigkeit widerspricht, wenn Privatleute oder Behörden bei einem Streik offenkundig auf die Seite des Unternehmertums treten. In einem Streit tritt der innere Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter zu Tage; ersterer will von seinem „Rechte“, aus den Knochen der Arbeiter möglichst viel herauszupressen, nicht ablassen, letzterer dagegen macht von seinem „Rechte“, möglichst viel verdienen zu wollen, Gebrauch. Wer wirklich „Recht“ hat von den Beiden, das kann ein Dritter nicht entscheiden; in Wirklichkeit hat immer der Stärkste Recht. Es erscheint deshalb unter allen Umständen sozialpolitisch verkehrt, wenn dieser „Kampfs ums Recht“ von irgend einer Seite beeinflusst wird.

Trotzdem dies klar ist, wie die Sonne, versuchen es die Unternehmer dennoch, die Einfügung der Streiklausel in die Bauverträge als eine Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit hinzustellen. „Wenn die Arbeitgeber“, so schrieb vor kurzem die „Baugewerk-Zeitung“, „bei Bauverträgen, welche in erster Linie doch nur sie allein angehen, durch Einfügung der Streiklausel eine Sicherung vor den Folgen des Streiks ohne irgend welche Parteinahme an den Streiks selbst verlangen, dann ist kein Mittel schlecht genug, dieses Verlangen zu bekämpfen und zu erfüllen. Von einer Aufhebung der gesetzlich gewährleisteten Koalitionsfreiheit durch Einführung der Streiklausel in die Bauverträge kann gar nicht die Rede sein, die Arbeitgeber sind auch nach erfolgter Streikklauseleinfügung gar nicht in der Lage, über das Gelingen oder Mißlingen der Streiks zu entscheiden und werden nur in etwas gegen die materiellen Schäden des Streiks gegenüber dem Bauherrn, keineswegs aber in irgend einer anderen Beziehung geschützt, während die Arbeiter in ihrer ökonomischen Lage nicht geschädigt werden. Eins allerdings ist richtig und daher rührt auch der Hauptwiderstand der Arbeiter gegen die Streiklausel, den aufwieglertischen Führern wird nämlich durch Einfügung der Streiklausel in die Bauverträge ein guter Theil des Hebstoffes entzogen.“ Wenn die Bauunternehmer durch die Streiklausel nicht geschützt und die Arbeiter nicht geschädigt werden, so hat sie überhaupt keinen Zweck, denn nur den „aufwieglertischen Führern einen guten Theil des Hebstoffes zu entziehen“ verlohnte es sich kaum, eine solche umfassende Agitation für die Einfügung der Streiklausel in Szene zu setzen.

In Wirklichkeit bedeutet die Streiklausel eine Parteinahme zu Gunsten des Unternehmertums und die Frage ist nur die, ob es richtig ist, wenn die Hausbesitzer für die Bauunternehmer Partei ergreifen. Kein Mensch, der seine gesunden fünf Sinne bei-

sammen hat, wird diese Frage bejahen. Anscheinend dämmert diese sozialpolitische Einsicht bereits hier und da in den Köpfen der Hausagravier auf. Neben dem im vorigen Artikel erwähnten Korreferenten des Verbandstages warnte noch ein anderer Redner, Architekt Fahrmarkt aus Leipzig vor dem Antrage der Bauunternehmer; er erkenne zwar an, so sprach er, daß der Arbeitgeber eines Schutzes bedarf, dieser müsse jedoch in der Unternehmerorganisation gefunden werden. Eine Zustimmungserklärung widerstreite dem Charakter der Hausbesitzervereine, die erklärten, keine Kampfvereine sein zu wollen; zu den vielen Feinden der Hausbesitzer würden sich noch neue gesellen. Die Stellungnahme für die Streiklausel sei eine Preisgebung der Hausbesitzerinteressen.

Ähnlich spricht sich auch die Berliner „Grundeigentümer-Zeitung“ aus, die in Bezug auf die Ablehnung der Streiklausel durch den Berliner Magistrat folgende Bemerkungen macht: „Was dem Magistrat der Stadt Berlin unannehmbar erschien, muß dem Privatmann mindestens als bedenklich gelten. Wir können mit der Behauptung nicht zurückhalten, daß die Arbeitgeber der Baubranche sich die Lösung der vorliegenden Frage, die allerdings, was wir rückhaltlos zugeben müssen, ihre vitalen Interessen berührt, recht leicht gemacht haben. Sie schieben einfach das Risiko und die Nachteile, die ihnen aus Umständen der Arbeiter oder durch Aufsperrn, wohl gemerkt auch die seitens der Arbeitgeber veranlaßten, erwachsen, in der Hauptsache weiter, und zwar auf die Schultern Derjenigen, die ihnen die Bauaufträge erteilen, die der Bauherren, der Haus- und Grundbesitzer. Die Haus- und Grundbesitzer haben den lebhaften Wunsch, daß das Bauhandwerk in friedlicher Entwicklung gedeihe. Das liegt ja auch in ihrem eigenen Interesse. Die Haus- und Grundbesitzervereine haben auch stets Sinn und Verständnis für eine gesunde Mittelstandspolitik gezeigt und demgemäß allen Bestrebungen zur Förderung des Handwerks volle Sympathie entgegengebracht. Aber das, was vermittels der Klausel verlangt wird, geht zu weit. Sie kann und darf kein Haus- und Grundbesitzer unterschreiben, wenn er nicht seine und seiner Berufsgenossen Lebensinteressen dem blinden Zufall preisgeben will.“ Die Herren Hausagravier scheinen also doch den Pferdefuß zu merken, den die Bauunternehmer unter der „harmlosen“ Forderung der Streiklausel hervorstrecken, und es wäre zu wünschen, daß diese Erkenntnis immer weiter um sich griff.

Noch klarer liegt die Sache, wenn es sich um die Stellungnahme der staatlichen oder städtischen Behörden zur Streiklausel handelt. Diese Behörden haben durchaus keine Veranlassung und auch gar nicht das Recht, sich in den Streit zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft zu Gunsten des ersteren hineinzu-mischen. Die Behörden haben vielmehr die Pflicht, im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit Unparteilichkeit walten zu lassen, damit die Bäume des Kapitalproleten nicht in den Himmel wachsen. Sollten sie dies aber trotzdem nicht thun, sondern wie so häufig schon, auch in diesem Falle wieder auf Seite der

Kollegen, sammelt allerorts Beiträge zum Streikfonds!

Unternehmer treten so müssen die Arbeiter um so fester an ihrer Organisation halten, und den Kampf gegen das mit den Behörden verbündete Unternehmertum trotz alledem und alledem siegreich zu Ende zu führen.

Aus unserem Berufe.

Dresden. Öffentliche Versammlung vom 11. August im „Colosseum“. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung nach einem kurzen Hinweis des Vorsitzenden auf den unersehbaren Verlust, der uns durch das Ableben des Genossen Liebtnecht bereitet worden, das Andenken desselben durch Erheben von den Plätzen. Zum 1. Punkt referierte Genosse Bloch über das Thema „Der Kampf zwischen Kapital und Proletariat“ in beifälliger ausgenommener Weise. Hierauf erstattete Kollege Streine Bericht von der Bauarbeiterkonferenz. Beim 3. Punkt, Bericht vom Gesellenausschuß über die Verhandlungen mit der Zwangsinnung über einen gemeinsamen Arbeitsnachweis, konnte Kollege Richter konstataren, daß sich die Meister bezüglich der kritischen Lokalfrage uns genähert haben; jedenfalls weil sie einsehen mußten, daß wir Recht hatten, als wir erklärten, die Herberge zur Heimath sei kein Lokal, welches man empfehlen könne und weil sie erfahren mußten, daß ohne unsere Beteiligung der Arbeitsnachweis nur ungenügend funktionieren kann. Nach den bisher gepflogenen Verhandlungen ist Unsicherheit vorhanden, daß diese Angelegenheit zur Zufriedenheit beider Theile erledigt wird, die thätkräftige Unterstützung unserer Kollegenchaft vorausgesetzt. Unter „Gewerkschaftliches“ kamen eine Reihe Mißstände zur Sprache, die deutlich illustriren, wie traurig in unserem Beruf die Verhältnisse liegen. Da wird bei Heber u. Ledig 10-12 Std. gearbeitet, ja bei Krämpfe u. Schulz haben es die Kollegen auf 7 1/2 Std. in fünf Tagen gebracht. Des Weiteren wurde geklagt, daß Löhne von 34 Bfg. wieder an der Tagesordnung sind und daß es Werkstätten (Werkel u. Milfort) giebt, wo 14tägig der Lohn gezahlt wird. Weiter sollen die Kollegen bei Weinhold u. Hebel u. A., wenn sie vor Beginn der Arbeit erst in die Werkstätte müssen schon 1/2 Uhr dort sein, um dann, mit Material beladen, zu Beginn der Arbeitszeit auf der Werkstätte sich einzufinden zu können. Bezüglich der Schürmerischen Werkstätte wurde erwähnt, daß daselbst Akkordlöhne gezahlt werden, wodurch es unmöglich ist, mehr zu verdienen, als vielleicht Dreiviertel des üblichen Stundenlohnes. Kurz, diese ganzen Erörterungen gestatteten einen Blick in die Verhältnisse, wie sie durch das geradezu unbegreifliche indifferente Verhalten unserer Kollegenchaft heraufbeschworen worden sind. Die Thatsache, daß in den meisten Fällen die Kollegen selbst die Schuldtragenden an den traurigen Verhältnissen, wurde in der Versammlung denn auch von verschiedenen Seiten hervorgehoben.

Görlitz. Ein hier zugereister Kollege (Schweizer) wurde vom Malermeister Joh. Wegner eingestellt und nachdem er nach 4 Tagen dieser herrlichen Werkstatt wieder den Rücken gekehrt hatte, erhielt er als Lohn die Miesensumme von 10.50 Mk., nach vorausgegangener Abschlagszahlung von einer Mark. Auf seine Anfrage, welchen Stundenlohn der Meister bezahle, bekam er die trübselige Antwort, daß nur alle 14 Tage ausbezahlt werde und zwar je nach Leistung. Ueberdies werde ihm für eine nicht muthwillig zerbrochene Fensterscheibe in Werthe von 80 Bfg. 1.50 Mk. in Abzug gebracht. Die am Samstag den 18. August abgehaltene Versammlung der Maler in Görlitz beschloß einstimmig, die Sperre über diese Werkstätte zu verhängen.

Gnesen. Nach längerer fruchtloser Agitation ist es endlich dem Kollegen Klobblicher aus Knorzlagelungen, hier eine Filiale zu gründen. Als Vorsitzender wurde Kollege Lipinski gewählt. Es bedarf nun der eifrigen Mitarbeit der kleinen Schaar der organisierten Kollegen, durch treue Pflichterfüllung für die Ausbreitung der jungen Filiale Sorge zu tragen und die Fernstehenden von der Nothwendigkeit unserer Vereinigung zu überzeugen. Die hiesigen Verhältnisse sind wirklich dazu angethan, den Kollegen die Augen zu öffnen und mit Nachdruck daran zu erinnern: Kollegen von Gnesen, wacht auf, schüttelt die Gleichgültigkeit von euch ab und tretet ein in die Organisation, damit es auch für euch einmal besser werde!

Halberstadt. Am 28. Juni tagte in der „Münchener Bierhalle“ eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Unsere jetzigen Lohnverhältnisse und wie sind dieselben zu verbessern?“ Kollege Borchard-Wagdeburg als Referent schilderte die traurige Lage in unserem Gewerbe und führte den Beweis, daß die Besserstellung der Kollegen nur durch die Organisation möglich sei. Er appellirte an die unorganisierten Kollegen, daß sie sich endlich einmal der Organisation anschließen haben, wenn sie auf Verbesserung ihrer Lage rechnen wollen. Sonst ist auf eventuellen Erfolg bei einer Bewegung nicht zu hoffen. In der darauffolgenden Diskussion war ein Theil für sofortiges Eintreten in eine Lohnbewegung. Nachdem aber von verschiedener Seite vor einem übereilten Schritt gewarnt worden war, wurde folgende Resolution angenommen: „Die anwesenden Kollegen verpflichten sich, die indifferenten zur Organisation heranzuziehen, um eine bessere Lebensstellung erringen zu können. In Rücksicht aber, daß die Saison zu weit vorgeschritten, von einer Lohnbewegung in diesem Jahre Abstand zu nehmen, dagegen aber Schritte einzuleiten, um im nächsten Frühjahr das gesteckte Ziel erreichen zu können.“ Vier Kollegen ließen sich aufnehmen.

Hamburg. Zwischen dem Gehilfenausschuß und der Zwangsinnung wurde folgender Tarif vereinbart: 1. Die Arbeitszeit beträgt neun Stunden täglich und zwar von 7-5 1/2 resp. 6 Uhr; die Mittags- und Vesperpause unterliegt der persönlichen Vereinbarung. Sonnabends endet die Arbeitszeit 1/2 Stunde früher, wenn der Lohn nicht auf der Arbeitsstelle ausgezahlt wird, andernfalls wird neun Stunden gearbeitet. Vor hohen Festtagen ist um 4 Uhr Feierabend ohne Lohnabzug. Als Nebenstunden gilt die Zeit von 6-10 Uhr Abends, als Nachtstunden die Zeit von 10-7 Uhr Morgens. Bei Nachtarbeit tritt nach je drei Stunden eine halbe Stunde Pause ohne Lohnabzug ein. Die Sonn- und Feiertagsarbeit wird mit 50 pSt. Lohnzuschlag berechnet. 2. Der Minimallohn beträgt 50 Bfg. pro Stunde. Ueberstunden werden mit 10 Bfg. Nachtstunden mit 25 Bfg. Zuschlag die Stunde bezahlt. 3. Bei Facadenarbeiten von Leitergerüsten wird pro Stunde ein Zuschlag von 5 Bfg., von Hängegerüsten und Leitern 10 Bfg., wenn eine Höhe über sechs Meter in Betracht kommt, oder die ganze Facade sich in Arbeit befindet, gewährt. Planen

und Gitter zählen nicht zur Facade. 4. Akkordarbeit ist nicht gestattet. 5. Das ungebührliche Warten der Gehilfen auf Lohn und die Unterhaltung bei der Lohnzahlung sind unzulässig; eine halbe Stunde nach Eintreffen in der Werkstätte oder spätestens 7 Uhr Abends muß der Lohn in den Händen des Gehilfen sein, andernfalls die weitere Zeit als Ueberstunden zu vergüten ist. 6. Das Vorkommen in der Werkstätte vor 7 Uhr Morgens ist nicht gestattet. 7. Abmachung betr. Kündigung unterliegen persönlichen Vereinbarungen. Wird das Arbeitsverhältnis ohne Kündigung gelöst von Seiten des Meisters, so ist der Lohn im Laufe desselben Tages, und von Seiten der Gehilfen, innerhalb 24 Stunden auszuführen. 8. Obige Abmachungen treten mit dem 1. Januar 1901 in Kraft und gelten bis 1. Januar 1903. Kündigung hat ein halbes Jahr zuvor zu geschehen, andernfalls die Abmachungen auf ein Jahr weiter gelten.

Miesa. Eine öffentliche Versammlung, in welcher Kollege Krüger über „Rück und Nutzen der Organisation“ referirte, fand am 18. August statt. Wir wollen hoffen, daß der Erfolg nicht ausbleibt. Von 30 hier arbeitenden Kollegen sind nur 10 organisiert, trotzdem es an eifriger Agitation nicht gefehlt hat, die Indifferenten aufzuklären. Die Meisten davon sind noch Arbeitswillige vom Frühjahr, welche sich eingefunden haben. Die Gleichgültigkeit und Stupidität so mancher dieser Leute ist nicht zu beschreiben, doch lassen wir den Muth nicht sinken, immer von Neuem zu versuchen, den Unverständnis zu brechen. Es wird uns gelingen, wenn jeder bestrebt ist, mit allen Kräften dafür einzutreten, daß auch die Mieser Kollegen in der Reihe der Gewerkschaftsorganisationen ein würdiges Glied bilden.

Gingelandt.

Zur Generalversammlung.

Die bisherigen Stimmen, welche im „B.-M.“ über die der Generalversammlung gestellten Aufgaben laut wurden, halten in den meisten Fällen die „Verschmelzung der Streifondsbeiträge mit den Mitgliederbeiträgen“ für einen der hauptsächlichsten Punkte. Für diejenigen, welche in fester Verbindung mit dem Gros der Kollegen stehen, hat diese Entscheidung nichts Ueberreichendes sondern wurde von vornherein erwartet und nichts leichter wäre für den Vorstand gewesen, als der Stimmung Rechnung tragend, einen diesbezüglichen Antrag auf Verschmelzung zu stellen. Der weitwichtigste Vorstand wäre dann eines Lobes sicher gewesen.

Die Vorkämpfer des Antrages glauben vor allen Dingen dem Mißstände einen Nagel vorzuschieben, daß verschiedene Kollegen sich um ihre Verpflichtung, des Bezahlers der Streifondsbeiträge, gedrückt haben, und durch Einführung einer einheitlichen Marke die Verwaltung, insbesondere die Eintreibung, in etwas zu erleichtern. Beide in die Augen springenden Punkte sind der Memorie bedürftig und niemand wird sich den berechtigten Klagen gegenüber verschließen. Ueber den richtigen Weg zur Besserung kann man jedoch geheimer Meinung sein. Schide hiermit voraus, daß diese meine Meinung, die ich mir erlaube im Gegensatz zu den bisher gehörten zu stellen, nicht die des Gesamtvorstandes ist, und auch durchaus nicht das leitende Motiv für die Anträge des Vorstandes war. Die Kombination, wie sie Kollege Kroll in Nr. 34 beliebt, kann bei Seite gelassen werden, da sie zu einer objektiven Prüfung der Sache durchaus nichts beiträgt. Der Artikel in Nr. 31 mit der Ueberschrift: „Das Sammeln zum Streifonds“ ist ohne das Zutun und ohne Berücksichtigung irgend eines Vorstandes erschienen. Uebrigens für meine Person würde ich den Artikel ohne weiteres unterschreiben, wenn demselben nicht der eine große Fehler anhaften würde, „einen Postzug zu spät gekommen zu sein.“ (Für die Stämmigen, denen es galt, immer noch viel zu früh. D. M.) Bereits der internationale Kongress zu Frankfurt a. M. vom Jahre 1892 behandelte die Frage eines einheitlichen obligatorischen Streifondsbeitrages und wie im Anschluß an den Kongress tagende Generalversammlung unserer Vereinigung stellte sich in ihrer großen Mehrheit in ihren Anschauungen auf denselben Standpunkt, wie auch heute die Befürworter der Verschmelzung des Streifondsbeitrages mit dem Mitgliederbeiträge stehen. Der Beitrag für die Sommerwochen wurde von 15 Pf. auf 25 Pf. erhöht. Bei der Durchführung dieses Beschlusses, dem zugleich eine allgemeine wirtschaftliche Krisis vorausging, kam ein Rückgang der Organisation und eine Depression für die wenigen der Organisation treu gebliebenen Mitglieder. Daß die nach 3 Jahren in Nordhausen stattgefundene Generalversammlung in ihrer Verzweiflung Beschlüsse faßte, die man mit der Entwicklung der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation nicht mehr in Einklang zu bringen vermochte. Vor einem solchen Rückschlag, an dem wir sehr lange krankten, müssen wir uns wahren. Möge man forgsamlich prüfen, ehe Beschlüsse gefaßt werden, die, mögen sie auch als logisch erscheinen, von der Mehrheit unserer Kollegen nicht verstanden werden.

Auch heute macht sich bereits eine Krisis im Baugewerbe bemerkbar und angeht dessen haben wir, wenn auch nicht mit einem Rückschritt, so doch auf keine Zunahme der Mitglieder zu rechnen. In diesem Augenblick nun eine Veränderung des Beitrages vorzunehmen, halte ich nicht für praktisch, umso mehr, da ich überzeugt bin, daß eine Verschmelzung der beiden genannten Beiträge von der großen Mehrheit unserer Mitglieder als eine Erhöhung des Beitrages empfunden wird. Wenn nun der 10 Pf.-Streifondsbeitrag in den Sommerwochen auf den Mitgliedsbeitrag gesetzt wird, so ist dies ja logischer Weise keine Erhöhung des Beitrages, sondern nur eine Verschiebung. Allein in wie weit das logische Denken bei dem Arbeiter im Allgemeinen und auch bei unseren Berufsleuten sich entwickelt hat, zu beurtheilen, überlasse ich getrost demjenigen Theile der Kollegen, welcher längere Zeit für die Organisation thätig war. Es ist nicht abzuleugnen, daß in dem Augenblicke der wirtschaftlichen Kämpfe das Interesse der Arbeiter für ihre Sache ein größeres wird und die Aufforderung zu materiellen Opfern in Form einer Streifmarke bei Organisierten und Nichtorganisierten eine große Zugkraft bildet. Durch Aufhebung jedes Sammelas für den Streifonds entgehen wir uns einer Waffe, die man jetzt und in der nächsten Zukunft noch nicht entbehren kann. Wir können nicht im Voraus wissen, welche finanziellen Opfer das eine oder andere Frühjahr erfordern und sollten uns nicht durch die Abschaffung der durch die Entwicklung der Organisation eingebürgerten mächtigen Waffe, eines Streifonds, entblößen, ehe wir nicht stark genug sind, auch wirklich dieselbe entbehren zu können. Wie leicht hätte zu den hartnäckigen und vielen Lohnkämpfern dieses Frühjahrs bei einer allgemeinen Bauhandwerkersperre unsere Organisation in Mitleidenschaft gezogen werden können, wo dann unsere bescheidenen Mittel der Hauptkasse nicht hingereicht hätten, um die Ver-

pflichtungen zu erfüllen, welche die Vereinigung übernahm. Bei derartigen Fällen ist ein Reserverfonds, wie wir ihn bereits angelegt haben, von der größten Bedeutung, er hebt den Kampfesmut und stärkt die Zuversicht. Sollten wir jetzt den Fonds von 24 000 Mk. wieder an die Filialen zurückverweisen, so ist außer Zweifel, daß diese Gelder in den meisten Fällen innerhalb eines Jahres für alle notwendigen Bedürfnisse verbraucht sind. Die Schaffung eines Reserverfonds ist uns gelungen trotz der vielen wirtschaftlichen Kämpfe, die wir in den letzten Jahren geführt haben. Sowohl die Filialen als auch die gesammelte Vereinigung hat damit eine Rückensärre bekommen, die wir nicht unterlassen dürfen. Um einiger Drückeberger willen sich dieser Stütze zu entledigen, wäre leichtsinnig gehandelt. Und nun einige Worte über die Thatsache. Bei der Hauptkasse ist eine Summe von 24 202 Mk. angelegt, ferner sind im vorigen Jahre für Maimarkt 3020 Mk. eingegangen und im zweiten Quartal dieses Jahres 4496 Mk. für Extramarken, darum glaube ich nicht feil zu geben, wenn wir bis Schluß dieses Jahres für Extramarken und Streifondsarbeiten noch die Summe von 4000 Mk. verzeichnen, daß wären insgesammt 37 718 Mk. Wenn wir nun in Betracht ziehen, daß alle diejenigen Filialen, welche im Lohnkampfe gestanden, ihren Fonds verbraucht und dann wiederum ein volles Jahr zu sammeln hatten, um die durch Vorschuß entstandenen Schulden bei der Hauptkasse zu bedenken. Ich glaube auch hier nicht feil zu gehen wenn ich diese Summe auf 7000 Mk. normire. Ein weiteres Moment ist in Rechnung zu ziehen durch die im vorigen Jahre und in diesem Jahre gemachten Aufnahmen. Von den 18 000 Neueintretenden ist eine große Mehrzahl, welche 3-4 Wochen und noch länger den Beitrag entrichten, ohne eine Streifonds- und Extramarkte zu nehmen und wieder verschwinden. Bei der Berechnung der Mitglieder sind bekanntlich die abgelieferten Beiträge maßgebend und damit vertheilt sich dann der abgelieferte Streifondsbeitrag im Verhältnis zur Mitgliederzahl ganz wesentlich. Positive Schlusszahlen lassen sich wohl kaum feststellen, immerhin aber glaube ich, daß das Geschrei über die Drückeberger größer ist als die Thatsache. Es giebt einige Filialen, welche man kann es offen aussprechen, in böswilliger Weise jede Streifondsarbeit zurückweisen. Ich bin aber der Meinung, daß die Generalversammlung Mittel und Wege schaffen kann, um diesen pflichtwidrigen Mitgliedern und Verwaltungen die Seiten und Stanten abzuschleifen.

Um diese Art Mitglieder eine Einrichtigung, die sich im Großen und Ganzen bewährt hat, eingehen zu lassen, wäre meines Erachtens verfehlt. In Bezug auf die Aenderung der Beitragsformen hat unsere Vereinigung in den Jahren ihres Bestehens wahrlich genug geleistet und sehe ich gar nicht ein, warum man, wenn sich etwas Mangelhaftes herausstellt, gleich eine allgemeine Aenderung eintreten lassen soll. Was wir mit dieser augenblicklichen Beitragsform haben, wissen wir, was wir durch eine Verschmelzung bekommen werden, müssen wir abwarten. Suchen wir einmal auf Grund des Bestehenden Das durchzuführen, was man bis dato immer nur durch allgemeine Umwälzungen glauben erreichten zu können.

Der Unmuth gegen die jetzige Form des Streifondsbeitrages mag bei den Verwaltungen dadurch gekommen sein, daß der Vorstand in beiden Jahren neben den Streifondsarbeiten noch Extramarken versandte. Ebenso gut hätte der Vorstand durch einfache Erhöhung des Streifondsbeitrages und prozentweiser Abhebung das erreichen können, was durch die Extramarken erreicht ist. Es sprechen hier aber so viele Nebenumstände mit, zu deren näheren Erörterung der Raum zu knapp bemessen ist. Will aber damit nur andeuten, daß sich nach dieser Richtung hin Aenderungen treffen lassen, ohne mit der Abkalkulation der Verschmelzung beider Beiträge, einzuschreiten.

*) Die Generalversammlung wird der Ort sein, wo wir näher darauf zurückkommen.

Ein Schmerzenskind unserer Organisation bilde seit Jahren unser Vereinsorgan. Fast auf jeder Generalversammlung wurden darüber Klagen laut. Daß sie — wenigstens zum größten Theile — berechtigt waren, geht wohl zur Genüge daraus hervor, daß die Klage eine allgemeine war. Ich will hier nicht im Einzelnen auf diese Klagen eingehen, sondern will den Kollegen darüber durchaus nichts Neues berichten könnte. Soviel glaube ich aber ruhigen Gewissens behaupten zu können, daß auch auf der kommenden Generalversammlung wieder recht bewegliche Töne über unseren „Vereins-Anzeiger“ zu hören sein werden. Vielleicht kann sich aber auch die diesjährige Generalversammlung dazu aufschwingen, die Konsequenzen aus diesem ewigen Gesammern zu ziehen. Ich weiß bestimmt, daß ich mit meinen folgenden Darlegungen nicht die Zustimmung aller Kollegen, vielleicht auch nur die einer Minderheit, erhalten werde. Nichtsdestoweniger will ich mit meiner Klage nicht zurückhalten, weil ich den Grundfah befolge, daß nur rückhaltlos die Ausruf einer Besserung in diesen Dingen die Wege ebnet.

Die Verhandlungen über diesen Gegenstand auf der Mainzer Generalversammlung haben einen geradezu desprimirenden Ausgang genommen. Ich verweise in dieser Beziehung nur auf das Protokoll. Daß es nach der Generalversammlung nicht besser, sondern schlechter wurde, ist hinlänglich bekannt. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Kollege Wentker wurde durch die in Mainz getroffenen Statutenänderungen gegenüber seiner früheren Thätigkeit ganz bedeutend mehr belastet. Dazu kam der plötzliche, ungeahnte Aufschwung, den unsere Organisation genommen hat. Und zu alledem mußte Kollege Wentker noch die Redaktion unseres „Vereins-Anzeigers“ übernehmen. Unter solchen Umständen war es ganz selbstverständlich, daß eine Verschlechterung eintreten mußte. Wohl oder übel sah sich der Hauptvorstand später gezwungen, den Kollegen Martz von Berlin nach Hamburg zu zitiern, damit er die Redaktion übernehme. Zweifellos ist seitdem Vieles besser geworden. Es hieße aber die Augen vor offensichtlichen Mißständen verschließen und sich einer Selbsttäuschung hingeben, wenn man behaupten wollte, es läge nun alles so, daß wir zu wirklich berechtigten Beschwerden keine Veranlassung mehr hätten.

Unser Vereinsorgan ist auch heute noch nicht das, was es sein soll. Daran ist nicht der Redakteur, oder doch wenigstens nicht in der Hauptsache Schuld. Kollege Martz hat neben seiner redaktionellen Thätigkeit noch der agitatorischen zu obliegen und wie mir scheint, nimmt diese seine letztere Thätigkeit oft viel mehr seiner Zeit in Anspruch als die erstere. Das ist jedoch, wie bereits bemerkt, keineswegs der Hauptübelstand. Unser Vereinsorgan genügt vor allem deswegen nicht mehr, weil es viel zu wenig bietet. Es muß unter allen Umständen vergrößert, bezw. erweitert

werden. Das sind wir unseren Kollegen und unserer Organisation schuldig. Wir haben heute keine 4-5000 zahlende Mitglieder mehr, sondern die Zahl tausen und weit überschritten. Damit ist auch die Aufgabe unseres Vereinsorgans gewachsen. Das zum ersten. Zum zweiten muß in der Redaktion in so fern eine Veränderung Platz greifen, daß man die Kollegen mit den etwas gar zu sehr in die Länge gezogenen, sehr oft rein politisch gehaltenen Leitartikeln versichert. Nicht, daß ich die Tendenz dieser Artikel irgendwie angeheime möchte. Aber was in diesen Artikeln in 3-4 Spalten und in 2-3 Serien den Kollegen offenbart wird, das haben sie meistens schon viel früher und nicht selten in bedeutend schmaleren und kürzeren Säulen in den politischen Tageszeitungen serviert bekommen. Diese Leitartikel werden deshalb, namentlich wenn sie sich über 2 und 3 Nummern verteilen, vielfach nicht gelesen. Ich habe darüber fast überall, wo ich Gelegenheit hatte, mit den Kollegen zu sprechen, Klagen gehört. Diese Leitartikel tragen fast durchweg zu sehr den Stempel des Fabrikmäßigen, ich möchte sagen der Konfektion an sich. Die Art der Aufklärung, wie sie in gar manchen dieser Artikel betrieben wird, ist etwas veraltet. Man begegnet sehr oft starken Uebertreibungen, der Effekthascherei, kurzum einem Agitationston, den man doch nachgerade überwinden hat. Dabei werden, wie oben angedeutet, die verschiedenen Thematika oft in einer Breite behandelt, die zu weit geht und das Gegenteil von dem erreichen, was sie erreichen sollen.

Der Redakteur unseres Organs selbst ist anscheinend in der Agitation sehr beschäftigt, daß er selten dazu kommt, selbst die Leitartikel zu schreiben. Sicher würde er, wenn er die nötige Zeit hierfür finden würde, manchen trefflichen Leitartikel schreiben, der von den Kollegen gerne gelesen würde. So ist er aber fast ausschließlich auf seinen Leitartikelfabrikanten angewiesen. Hier und da ließe man sich diese geistige Kost schon gefallen, aber der Mensch verlangt auch Abwechslung. Wo ihm diese in Bezug auf die geistige Kost verjagt wird, geht's ihm gerade so, wie wenn er stets und ständig dasselbe Gemüse zum Mittagessen serviert bekommt. Er verliert den Geschmack. — Nach meine also, wir sollten auf eine bessere Ausgestaltung unseres Vereinsorgans sehr bedacht sein und hier nicht zu schablonenhaft verfahren. Der „Vereins-Anzeiger“ ist das geistige Bindeglied unserer Organisation und das muß auf der Höhe der Zeit stehen und darf nicht wie der Krähwinkler Landsturm hinterdrein hinken. Auf Widerspruch bin ich gefaßt. Aber ich schreibe nicht nur meine persönliche Meinung, sondern die vieler Kollegen und es sind wahrhaftig nicht die schlechtesten, deren Gedanken ich in obigen Sätzen Ausdruck verliehen habe. W. K.

Stamm liegen einige Wochen seit unserem Lohnkampfe hinter uns und schon scheinen die Kollegen vergessen zu haben, daß sie einer Organisation angehören. Der Besuch der letzten Versammlungen war bedauerlicherweise ein sehr mangelhafter, trotzdem dieselben immer zeitig genug bekannt gegeben wurden. Es ist eine sonderbare Sache mit den Ausreibern, mit denen man sich zu entschuldigen sucht, um das Fernbleiben von den Versammlungen zu rechtfertigen. Diese Sache aber hat einen Hafen. Viele Kollegen fürchten den Besuch derselben, weil sie die Kritik des Vorstandes fürchten über die Zustände, die zur Zeit wieder in unserem Gewerbe seit Beendigung des Streiks eingetreten sind. Während des Streiks war man begeistert für Arbeitszeitverkürzung, Abschaffung resp. Einschränkung der Affordarbeit, prozentuale Erhöhung des Ueberstundenlohnes usw. Als man von Seiten des Vorgesellschafteten die Vereinbarungen mit der Innung verkündete, da waren viele Kollegen mit dem Resultat noch nicht zufrieden, es war überhaupt nach deren Ansicht noch nicht genug erreicht worden. Ja, man vertiefte sich sogar, die Vereinbarungen so zu kritisieren als ob der Vorgesellschafteten mehr auf Seiten der Innung als auf Seiten der Gehilfen gestanden habe.

Und wie sieht es heute bei uns aus? Anstatt sich genau an den Vereinbarungen zu halten, führt man Zustände ein, die man von Seiten organisierter Kollegen wirklich gar nicht erwarten dürfte. Anstatt die Affordarbeit einzuschränken, resp. die Affordsätze zu erhöhen, ist wieder eine förmliche Jagd nach derselben eingetreten, und zwar nach den Affordpreisen vor dem Streik und sogar noch billiger, zur Freude verschiedener Meister, bei denen die Scheuervorkonkurrenz zur Zeit noch in der schönsten Blüte steht. Ja man hat sogar schon Neuerungen von Seiten der Affordpartei gehört: wenn auch der Preis etwas gering sei, man bei richtigem Zusammenarbeiten doch noch etwas verdienen könne. Dieses ist ein Standpunkt, der durchaus verwerflich ist, und auf den wir später noch einmal zurückkommen. Zu diesem billigen Affordsystem, wo bei Wollendung der Arbeit nur wenig Verdienst herauskommt, kommt noch hinzu, daß man die anderen Kollegen zu übervortheilen sucht, wozu wegen in letzterer Zeit verschiedene Klagen laut geworden. Der alte Mobus des Blaumachens ist wieder so in Schwung gekommen, daß man sich fragen muß, wie es möglich ist, daß die Familien dieser Kollegen bestehen können, abgesehen von dem Einbruch, den ein solches Gebahren überhaupt zur Zeit hervorruft. Wenn man solche Zustände betrachtet, so muß man sich unbedingt fragen, ist denn der Ueberverdienst einer solchen Affordpartei ein so hoher, daß man sich dieses erlauben kann? Wir sagen nein. Nach der Aussprache von Kollegen, die auch dem Affordsystem hulbig sind, aber an der vorher angeführten Unsitte nicht theilhaftig sind, ist der Ueberverdienst ein so minimaler, daß sich dieses Gebahren, welches demoralisierend auf die Organisation wirken muß, nicht entschuldigen läßt. Es ist einzuschalten, daß nicht alle Kollegen an diesen bedauerlichen Vorkommnissen theilhaftig sind, sondern, daß es meistens die sogenannten wandernden Parteien sind. Es sind uns Fälle bekannt, wo solche, nachdem sie Montags gebummelt, die Arbeitszeit an den anderen Wochentagen dann bis 7 Uhr, ja sogar bis 8 Uhr Abends ausdehnen, ein Mißstand, gegen den die Organisation entschieden Front machen muß. Wenn man dann diese Kollegen über diesen Mißstand zur Rede stellt, so bekommt man zur Antwort, der Bau preßtet.

Gewiß giebt es Ausnahmen, aber man weiß ganz genau, daß zur Zeit der Mobus besteht, sobald die Arbeit in einem Bau so weit vorgeschritten, daß die Löhner ihren Einzug halten, mit Hochdruck zu arbeiten, um die durch die Bauordnung vorgeschriebene Wartezeit wieder einzuholen. Wir erkennen dieses nicht, aber müssen bedauern, daß der größte Theil unserer Affordpartien noch nicht zu der Einsicht gekommen ist, daß durch dieses unsinnige Hasten eine um so frühere Arbeitslosigkeit eintreten muß. Doch genug für heute über diesen Punkt; es muß auf einen Punkt aufmerksam gemacht werden. Dieses betrifft die prozentuale Bezahlung der Ueberstunden. Bei der Lohnbewegung wurde allgemein Klage geführt über die unregelmäßige Auszahlung der Vergütungen bei Ueberstunden. Nachdem wir diesen Punkt in dem Lohnvertrag festgelegt haben, wäre es Pflicht der Kollegen gewesen, diese Abmachungen hochzuhalten. Leider scheint es, daß eine ganze Reihe von Kollegen von diesem ihnen zustehenden Rechte keinen Gebrauch machen, denn man

hört allgemein, daß in verschiedenen Werkstätten zwar sehr viele Ueberstunden gemacht werden, aber keine Vergütungen bezahlt werden. Es ist unserer Pflicht nach Pflicht eines jeden Kollegen, die getroffenen Abmachungen Punkt für Punkt hochzuhalten, denn wir wollen das Erreichte nicht nur erhalten, sondern in der Zukunft noch mehr erweitern. W. K., Mainz.

Es ist erfreulich, daß zur Zeit einige Kollegen im „W. A.“ zu verschiedenen Fragen Stellung nehmen, da dies zur Aufklärung und zum weiteren Gedankenaustausch vor der Generalversammlung mit beiträgt. Selbstverständlich nehme ich an, daß die Mehrheit der deutschen Kollegen einen anderen Standpunkt einnimmt als Kollege F. H. in Nr. 31, der da glaubt, mit 1500 Mk. noch das Leben eines Stunnen führen zu können. Solche Ansichten stehen zum Glück recht vereinzelt da, und daß dies nicht die Meinung der Berliner Kollegen im Allgemeinen ist, beweist Kollege W. Mit den bis jetzt gemachten Vorschlägen in Bezug auf das Markensystem kann ich mich einverstanden erklären, da ich bei der Auszahlung der Reiseunterstützung gesunden habe, daß es an den nötigen Streikmarken immer hapert. Gegen die Erhöhung der Beiträge kann sich kein einsichtsvoller Kollege erklären, der das Wohlbefinden unserer Organisation wünscht und deren Leistungsfähigkeit. In diesem Sinne hoffe ich auch, daß die Generalversammlung unser Vertrauen rechtfertigt. S. H., Wilhelmshaven.

Erwiderung.

Dem Kollegen Gfr. diene kurz folgendes zur Kenntnissnahme: Ich erwarte von dem heutigen „Staate“ ebenso wenig Vortheilhaftes für Arbeiter wie Kollege Gfr. Ich habe nur diejenigen darauf verweisen wollen, die dergleichen Vorschläge machen, da bereits im Deutschen Reichstage auf Antrag des Abg. Dabach (Str.) die Wittwen- und Waisenunterstützung besprochen wurde. Die statistischen Zahlen, die Kollege Gfr. vorführte, ändern hier nichts, denn die behandelten hauptsächlich die Leichenvereine in Heilbronn, die uns doch nichts angehen. Seinen zweiten Vorschlag hat er merkwürdiger Weise vergessen. Und dies war des Jubels Kern, der mich zu diesem Eingefandten veranlaßte. Im Uebrigen wird die Generalversammlung sprechen und die Hirngespinnste, von denen ich nichts weiß, vertreiben. Wenn Kollege Gfr. kein anständiges deutsches Wort für „Arbeitslosen-Unterstützung“ fand, so ist er ob dieser traurigen Stellungnahme nicht zu beneiden und würde klüger gehandelt haben, erst selbst seine „Lehren“ zu beherzigen. Z. W., Gießen.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Unter dem Titel „Gewerkschaft“ haben die lokalorganisierten Kollegen Berlin ein Organ herausgegeben. Zur Sache! lautet der Artikel, in welchem nach unserer Meinung die Nothwendigkeit der Gründung einer Lokalorganisation unter Zugrundelegung der tatsächlichen Verhältnisse hätte streng der Wahrheit gemäß begründet werden müssen; statt dessen folgt in bunter Reihe eine Abhandlung, welche wir denn doch nicht erwartet hätten. Zur besseren Beurtheilung wollen wir einige der wichtigsten Punkte folgen lassen:

„Nachdem die Zentralorganisation der Maler und Verussgenossen den Berliner Kollegen das nicht mehr bieten konnte, was für eine Großstadt wie Berlin unbedingt nötig ist usw.“

Es war nun unsere Aufgabe, den Mitgliedern das zu bieten, was unbedingt von einer gewerkschaftlichen Organisation geboten werden muß. Da ist erstens die Abhaltung von regelmäßigen Mitgliederversammlungen; ferner die Pflege und Erweiterung des Vereins, die unentgeltliche Benutzung der Bibliothek, unentgeltlicher Arbeitsnachweis, unentgeltlicher Rechtsschutz in allen gewerblichen Streitigkeiten, eventl. Unterstützung bei Mahregelung. . . . Wir wollen aber weitergehen. Wir hoffen in unserer Gewerkschaft einen Passus im Statut einschalten zu können, daß wir den Mitgliedern bei plötzlichen Noth- und Unglücksfällen eine Hilfe bringen können, denn schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe. Nun werden die Zentralisten sagen: Wir gewähren einen Zuschuß für die Kranken und Reiseunterstützung. Was den Zuschuß für die Kranken anbelangt, so muß gesagt werden. . . . daß hierdurch das Simulantenhum hochgezogen wird. Daß der Zuschuß nicht die Sympathie der meisten Kollegen besitzt, ist schon dadurch bewiesen, daß ein sehr großer Theil der seit längerer Zeit organisierten Kollegen trotz des Zuschusses dem Lokalverband beigetreten sind. Fast ebenso verhält es sich mit der Reiseunterstützung. — Es ist auch beinahe für jeden klar, daß das Wandern so wie so bald ein überwundener Standpunkt sein wird. Vor Allem ist es unsere Aufgabe, unsere Lage so zu verbessern, daß kein Kollege mehr nötig hat, sich im Winter hungernd und frierend auf der Landstraße herumtreiben zu müssen.

Will man etwas schaffen, was allen Mitgliedern zu gute kommt, so schaffe man eine Arbeitslosenunterstützung. Ob diese Frage für unser Gewerbe reif ist, ist eine Frage der Zukunft.

Mit dieser Zeitung erscheint nun die erste Nummer unseres Organs und hoffen wir, daß dieselbe den Beifall unserer Kollegen finden wird. Es wird unser Bestreben sein, in der Zeitung das zu bringen, was für eine Organisation, die auf dem Boden der sozialistischen Arbeiterbewegung steht, nötig ist.

Wir werden auch nicht mehr machtlos den unrichtigen, teilweise sogar böswilligen „Berichten“ gegenüberstehen, wie sie der „Vereins-Anzeiger“ in mehreren seiner letzten Nummern brachte.“

In diese Ausführungen (oder wollen wir es Programm nennen) den Maßstab der Kritik anzulegen, müssen wir uns versagen, sie sprechen deutlich genug für sich. Zudem kommt noch die unfreiwillige Komik in Betracht; der Schreiber hat gewiß ohne Vorbedacht gehandelt, wenn er zum Schluß ein Gleichniß anführt und dabei in seinem Eifer die Positionen verwechselt, indem er schreibt: Lassen wir die Zentralisten ruhig weiter wucheln und schimpfen, was kümmert's den Mond, wenn ihn der Neoz anbellt?

Besser konnte der Artikel nicht schließen, als mit diesen Worten und das genügt. Doch noch ein Wort. Nachdem in Berlin ca. 400 Kollegen insgesammt organisiert waren, 300 noch in Filiale I sich befinden, so wird jeder Kollege sich freuen, wenn es dem Rest der getrennt marschierenden Kollegen gelingt, einigermaßen nur in die Gleichgültigkeit der übrigen Berliner Gehilfenschaft, ungefähr noch 4-5000, Pflöcke zu legen. Ein weiteres

großes Feld ist noch zu erobern; die Gelegenheit ist jetzt günstig, wenn die Zentralisation das Gemüth gewinnen soll, in der Reichshauptstadt keine besseren Resultate erzielt zu haben. Gelingt es den lokalorganisierten Kollegen, die Klagen der Berliner Kollegen von der Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen, an uns soll es nicht liegen, dies Bestreben nach Kräften zu unterstützen und auch unsere Berliner Kollegen werden darnach handeln.

Also auf zur gemeinsamen Arbeit! Streiks. Die Ausperrung der Hamburger Werftarbeiter greift beständig weiter um sich. Fortgesetzt werden Entlassungen vorgenommen. In Berlin ist der Streit der Kohlenarbeiter beendet. Die Militär, Fleckensattler und Wittenmacher streiken noch. Die Glaser, die Mollkutscher und die Expeditionen sind ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten. In Potsdam liegen die Stukkateure im Streit. Die Steinzeiger in Leipzig führen noch ungeschwächt den Kampf um die neunstündige Arbeitszeit fort, wenn auch der „feste Hund“ sehr ins Wanken gekommen ist. In Danemark scheint der bekannte Arbeitgeberverband wieder eine Ausperrung inszenieren zu wollen, indem er anordnete, den Lohn der ungelerten Arbeiter herabzusetzen, wodurch es an einigen Stellen zum Streit kam. Die Dreher und Maler der Steingutfabrik Schanz in Rheinsberg (Mark) stehen im Ausstände.

Ausgewiesen wurde aus Hamburg Giovanni Balaz, der Mitarbeiter an dem in Hamburg erscheinenden italienischen Arbeiterblatt „L'Operario Italiano“ und der Maler Vladimir Gurditsch aus Serbien. Gründe anzugeben hielt man nicht für nötig. Vor ca. 2000 Jahren schrieb der römische Geschichtsschreiber: Die Gastfreundschaft gilt den Deutschen unverletzlich!

Der Verband der Ortskrankenkassenbeamten hielt in München einen Verbandstag ab. Er beschäftigte sich u. a. mit der Revision des Krankenversicherungsgesetzes und stellte sich auf den Standpunkt, daß der Kreis der Versicherungspflichtigen ausgedehnt, das Beitragsrecht erweitert und die Möglichkeit der Befreiung von der Versicherungspflicht eingeschränkt werden sollte. Der Verbandstag erklärte sich für die Zentralisation der Ortskrankenkassen und bezeichnete die Gemeindeversicherung als entbehrlich. Eine Halbierung der Verwaltung sowohl als auch der Beiträge wäre wünschenswerth. Eine Minderung des jetzigen Rechtszustands sei nicht geboten, an der Selbstverwaltung der Kassen sollte nicht gerüttelt werden, die Einführung der freien Welterwahl müsse jeder Kasse vorbehalten bleiben und der Anschluß an die Gemeindeverwaltung sie zu vermeiden. Da die Konkurrenz der freien Hilfskassen den Ortskassen nicht empfindlicher sei als die sonstigen Betriebs-Zunungs-Krankenkassen, so erscheine es als unbillig, gerade die freien Hilfskassen zu befeitigen, während die andern beibehalten sollen werden. Weitere Anträge wurden zur Erledigung dem Vorstande überwiesen und die Umwandlung des Verbandes nach den Bestimmungen der „Gesellschaft“ beschlossen.

Vereinsloil.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Wahlkreis-Eintheilung zur Wahl der Delegirten zur Generalversammlung zu Würzburg.

- Süd-Bayern, 352 Mitglieder, wählt 2 Delegirte. 1. Wahlkreis: München I und II. 2. Wahlkreis: Augsburg, Lindau, München II, Partenkirchen, Rosenheim, Reichenhall, wählt 1 Delegirten.
- Nord-Bayern, 384 Mitglieder, wählt 2 Delegirte. 1. Wahlkreis: Nürnberg I und II. 2. Wahlkreis: Bamberg, Erlangen, Füh, Hof, Regensburg, Würzburg, wählt 1 Delegirten.
- Bremen, Oldenburg und Ostfriesland, 410 Mitglieder, wählt 3 Delegirte. 1. Wahlkreis: Bremen wählt 2 Delegirte. 2. Wahlkreis: Bremerhaven, Delmenhorst, Hasleb, Oldenburg, Warel, Wilhelmshaven, wählt 1 Delegirten.
- Baden, Elsaß-Lothringen, Rheinpfalz und Württemberg, 802 Mitglieder, wählt 5 Delegirte. 1. Wahlkreis: Ludwigshafen und Mannheim wählt 1 Delegirten. 2. Wahlkreis: Stuttgart, Ravensburg und Tuttlingen wählt 1 Delegirten. 3. Wahlkreis: Cannstatt, Eßlingen, Gmünd, Gppingen, Heilbronn, Heilbronn, Schwab, Hall und Ulm wählt 1 Delegirten. 4. Wahlkreis: Durlach, Freiburg, Karlsruhe, Konstanz, Lörrach, Offenburg, Forzheim wählt 1 Delegirten. 5. Wahlkreis: Colmar, Frantenthal, Kaiserlautern, Neustadt a. S., Birmaisen, Straßburg und Worms wählt 1 Delegirten.
- Berlin und Brandenburg, 876 Mitglieder, wählt 6 Delegirte. 1. Wahlkreis: Berlin I und II wählt 3 Delegirte. 2. Wahlkreis: Charlottenburg und Niddorf wählt 1 Delegirten. 3. Wahlkreis: Cottbus, Eberswalde, Landsberg und Lichterfelde wählt 1 Delegirten. 4. Wahlkreis: Brandenburg, Nowawes, Potsdam, Spandau und Wittenberge wählt 1 Delegirten.
- Braunschweig, 134 Mitglieder, wählt 1 Delegirten. Wahlkreis: Braunschweig I u. II, wählt 1 Delegirten.
- Hannover, 259 Mitglieder, wählt 2 Delegirte. 1. Wahlkreis: Hannover I und II und Weine wählt 1 Delegirten. 2. Wahlkreis: Cassel, Göttingen, Hildesheim und Linden wählt 1 Delegirten.
- Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein und Mecklenburg, 1159 Mitglieder, wählt 8 Delegirte. 1. Wahlkreis: Hamburg I und II und Bergedorf wählt 4 Delegirte. 2. Wahlkreis: Altona und Wandersbeck wählt 1 Delegirten. 3. Wahlkreis: Lübeck, Rostock und Wismar wählt 1 Delegirten. 4. Wahlkreis: Kiel und Flensburg wählt 1 Delegirten. 5. Wahlkreis: Cuxhaven, Harburg, Ikehoe, Lüneburg, Neumünster und Schwaan wählt 1 Delegirten.
- Hessen-Nassau und Großherzogthum Hessen, 2776 Mitglieder, wählt 18 Delegirte. 1. Wahlkreis: Frankfurt a. M. wählt 4 Delegirte. 2. Wahlkreis: Mainz wählt 2 Delegirte. 3. Wahlkreis: Darmstadt wählt 2 Delegirte. 4. Wahlkreis: Wiesbaden und Schierstein wählt 2 Delegirte. 5. Wahlkreis: Dohheim wählt 1 Delegirten. 6. Wahlkreis: Eberstadt und Pfungstadt wählt 1 Delegirten. 7. Wahlkreis: Gießen und Marburg wählt 1 Delegirten. 8. Wahlkreis: Biersfeld, Weidenstadt und Kreuznach wählt 1 Delegirten. 9. Wahlkreis: Wiebich, Frauenstein, Nambach und Sonnenberg wählt 1 Delegirten. 10. Wahl-

Kreis: Friedberg und Offenbach wählt 1 Delegierten. 11. Wahlkreis: Bassefack, Homburg, Langen und Wibel wählt 1 Delegierten. 12. Wahlkreis: Hanau, Süßheim, Langenselbold und Windeden wählt einen Delegierten.

Pommern, 139 Mitglieder, wählt 1 Delegierten. Wahlkreis: Colberg, Stettin und Stralsund wählt einen Delegierten.

Ost- und Westpreußen, 113 Mitglieder, wählt 1 Delegierten. Wahlkreis: Bromberg, Danzig, Gnesen, Inowrazlaw und Königsberg, 1 Delegierten.

Königreich Sachsen, 951 Mitglieder, wählt 6 Delegierte. 1. Wahlkreis: Leipzig und Eilenburg, wählt 2 Delegierte. 2. Wahlkreis: Dresden, wählt 1 Delegierten. 3. Wahlkreis: Chemnitz, Crimmitschau, Meerane und Riesa, wählt 1 Delegierten. 4. Wahlkreis: Altenburg 1, Greiz, Delitzsch, Plauen, Reichenbach, Weidau und Zeitz, wählt 1 Delegierten. 5. Wahlkreis: Bautzen, Löbnitz, Großenhain, Kamenz, Meißen, Mittweida, Mügeln, Rengersdorf, Pirna, Riesa, Freiberg und Wurzen, wählt 1 Delegierten.

Thüringen, 436 Mitglieder, wählt 3 Delegierte. 1. Wahlkreis: Eisenach, Eichwege, Friedrichroda, Gotha, Mühlhausen, wählt 1 Delegierten. 2. Wahlkreis: Apolda, Erfurt, Gera, Jena und Weimar, wählt 1 Delegierten. 3. Wahlkreis: Arnstadt, Coburg, Jena, Rudolstadt, Sonneberg, Suhl und Wölitz, wählt 1 Delegierten.

Provinz Sachsen, 453 Mitglieder, wählt 3 Delegierte. 1. Wahlkreis: Halle, wählt 1 Delegierten. 2. Wahlkreis: Dessau, Halberstadt, Magdeburg, Luedlinburg und Staßfurt, wählt 1 Delegierten. 3. Wahlkreis: Bernburg, Naumburg, Nordhausen, Sangerhausen und Zeitz, wählt 1 Delegierten.

Rheinland und Westfalen, 980 Mitglieder, wählt 6 Delegierte. 1. Wahlkreis: Köln und Deutz wählt 1 Delegierten. 2. Wahlkreis: Dortmund, Herne, Remscheid, Schwerte und Solingen, wählt 1 Delegierten. 3. Wahlkreis: Bielefeld, Detmold, Herford, Minden, Osnabrück und Soest, wählt 1 Delegierten. 4. Wahlkreis: Bochum, Duisburg, Essen und Gelsenkirchen, wählt 1 Delegierten. 5. Wahlkreis: Barmen, Düsseldorf und Elberfeld, wählt 1 Delegierten. 6. Wahlkreis: Aachen, Krefeld, Düren, M.-Glöblich und Neudt, wählt 1 Delegierten.

Sachsen, 155 Mitglieder, wählt 1 Delegierten. Wahlkreis: Breslau, Görlitz, Striebsberg und Liegnitz wählt 1 Delegierten.

Wahl-Reglement.

1. Die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung muß in einer Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung:

Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Würzburg vorgenommen werden. Die Wahl ist als erster Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und darf eine diesbezüglich anberaumte Versammlung (wegen schlechten Besuches usw.) nicht vertagt werden.

2. Jedes Mitglied, welches nicht über 6 Wochenbeiträge schuldet, kann als Delegierter gewählt werden und an der Wahl teilnehmen. Die Mitglieder sind verpflichtet, zwecks Kontrolle das Mitgliedebuch mitzubringen.

3. Die Wahl ist eine geheime und geschieht durch Stimmzettel, welche eigens von der Filialverwaltung angefertigt, mit dem Stempel versehen, den Mitgliedern in der Versammlung vor der Wahl zugestellt werden.

4. Nach der üblichen freien Diskussion über die Kandidatenfrage wird in der betreffenden Versammlung eine Wahlkommission von drei Mann durch Akklamation gewählt, welche das Vertheilen und Einsammeln der Stimmzettel zu besorgen sowie das Resultat festzustellen hat. Das Resultat der Wahl ist sofort nach Feststellung durch die Kommission in der Versammlung zu verkünden und vom Schriftführer der Filiale in das vom Vorstande zugesandte Wahlprotokoll einzutragen. Dieses übereinstimmende Resultat ist von der Kommission, sowie durch die anwesenden Filial-Verwaltungsmitglieder als richtig mit Namensunterschrift im Wahlprotokoll zu unterzeichnen. Bei allen Wahlen entscheidet die absolute Majorität.

5. Die eingegangenen Stimmzettel sind durch die Wahlkommission aufzubewahren und im Falle eines Protestes gegen die stattgefundene Wahl auf Verlangen dem Vorstande einzuhandeln.

In größeren Städten, wo mehrere Filialen den Kreis bilden, haben kombinierte Versammlungen stattzufinden, und werden daselbst notwendig werdende Stichwahlen sofort vollzogen.

Mitglieder von Bahnhöfen, denen es der Entfernung halber nicht möglich ist, an der Wahlversammlung der Filiale teilzunehmen, können auf Grund dieses Reglements selbständig die Wahl vornehmen; jedoch haben die Wahlen an demselben Tage stattzufinden, wo die Filialversammlung stattfindet.

Das Resultat der Wahl hat spätestens den 4. Oktober d. J. in Händen des Vorstandes zu sein, um die notwendigen Stichwahlen vornehmen zu können.

Resultate, welche nicht bis obigen Datum eingesandt werden, finden keine Berücksichtigung. Der Vorstand.

Mit dem 1. September müssen sämtliche Streifenmarken für 1900 im Mitgliedebuch eingeklebt sein. Diejenigen, welche außer den 2 Mk. Streifenmarken für 1 Mt. Extrastreifenmarken nicht gelöst haben, gehen jeglichen Anrechts auf Unterstützung verlustig. Ebenso müssen beim Umtausch der Bücher obige Marken im einjährigen Buche geklebt sein, bevor ein neues vierjähriges Buch ausgestellt wird. Sämtliche Extrastreifenmarken müssen bis 1. Oktober an die Hauptkassse zurückgesandt werden.

Das Mitglied Hermann Reil, Buchn. 8777, Bahnhöfen Oberwöllstadt, wird auf Grund des § 7, Abs. a wegen Unterschlagung ausgeschlossen.

Mit kollegialischem Gruß Der Vorstand.

W i t t u n g.

Vom 21. bis 26. August gingen bei der Hauptkassse ein: Töbler 5 Tage Gehalt zurück M. 24.—, Reichenbach 89.50, Remscheid 48.42, Düsseldorf 60.—, Buchn. 9257 3.75, Buchn. 4234 3.—, Buchn. 2214 4.40, Buchn. 3583 1.35, Buchn. 21308 3.70.

Trotz wiederholter Aufforderung erhielten wir bis jetzt nachfolgende Broschüren nicht bezahlt: Mißstände in Baugewerbe: Remscheid M. 1.80, Freiburg i. Br. — 60, Lübeck — 60, Nagen 1.20, Karlsruhe — 60, Wiesbaden 3.—, Görlitz 2.40.

Protokolle vom Bauarbeitertag in Berlin: Augsburg M. — 40, Viebrich — 40, Danzig — 80, Düsseldorf 1.—, Dessau — 40, Frauenstein — 40, Görlitz 3.00, Göttingen — 40, Hagen — 40, Hameln — 40, Heilbronn 1.—, Herne — 40, Hastedt — 40, Jena 2.40, Jöhove 1.40, Lüneburg 1.—, Lörrach — 40, Lindau — 40, Minden — 40, München 1.20, Osnabrück — 40, Potsdam — 40, Reine — 40, Vartekirchen — 40, Wismarsen — 40, Remscheid 2.40, Rosenheim — 40, Salungen 6.—, Schwäbisch Hall — 40, Würzburg 1.—, Zwickau — 40.

Ich ersuche, den Betrag umgehend einzusenden, damit derartige wiederholte Mahnungen unterbleiben.

H. Wentker, Kassirer.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse
der Maler und vern. Berufsgenossen Deutschlands.
(Eingeliegene Gültigkeit Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassirers vom 12. bis 25. August 1900.

Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingekandt von Cochr-Verein W. M. 400, Westrich-Wagdeburg 100, Schenke-Duisburg 100, Brügger-Hamburg 150, Raune-Bremen 160, Kug-Bernburg 120, Marktstein-München 300, Schubert-Rixdorf 200, Lehmann Coepenick M. 100.

Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgehandelt von Fuhmann-Cöln-Ehrenfeld M. 50.—, Kaiser-Renstadt a. d. Harbt 50.—, Naegel-Verein S. 700.—, Letzteres zur Zahlung von Arzneien von Berlin und Umgebung.

Krankengelder erhielten Buchn. 4733, H. Lübring in Mainzholzen bei Borwohle M. 22.80; Buchn. 14212, H. Prüfer in Altenkirchen auf Rügen 25.85.

Anzeigen.

Den Anzeigen der Filialen ist der Kostenpreis beigebrannt. Wir ersuchen, das Geld ohne weitere Aufforderung recht bald an die Expedition einzusenden. — Der Redaktionschluss ist Dienstag Morgen.

Filiale Frankfurt a. M.
Mittwoch den 5. September, Abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im „Erlanger Hof“, Vornasse 11, 1. Stod.
M. 1.20] Der Vorstand.

Filiale Hannover.
Donnerstag den 6. September, Abends 8 1/2 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Lokale Neuenstr. 45.
Tages-Ordnung: 1. Provinzialtag in Göttingen und Wahl eines Delegierten dazu; 2. Bericht über die Verhandlung mit der Innung; 3. Statutenberathung; 4. Bericht der Bibliothekskommission; 5. Interne Angelegenheiten.
M. 1.80] Der Vorstand.

Hamburger Holz- und Marmor-Schule
Fr. Weltershausen, Hamburg, Lindenstr. 15.
Anerkannt als hervorragendste Schule Deutschlands. Beginn 15. Oktober. Erfolg garantiert. Prospekt gratis.
Es erschien im Selbstverlage: I. Serie:
Neue Holzmalereien (zum Selbstunterricht) Preis Mk. 20
Direkt zu beziehen, sowie durch alle Buchhandlungen. — Vertreter gesucht.

Malerschule
Dekorations - Holz - Marmormalerei.
Prämirt mit Stb. Medaille und I. Preisen.
Hamburg-Elmsbüttel. Wohnung: Gärtnerstr. 124. Beg. 15. Oktober. Prosp. kostenlos durch Carl Nordmann.

Bekanntmachung.
Die Kollegen Paul Bahr, Buchn. 22681, und Paul Kadah, Buchn. 22680, werden aufgefordert, ihren Verpflichtungen in Riesa nachzukommen.
Riesa. Gustav Köstner, Vertrauensmann.
NB. Die Vertrauensleute werden ersucht, auf Obiges zu achten. [M. 1.20]

Für den Selbstunterricht in der Holzmalerei!
150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farbendruck, mit leicht fasslicher Anleitung, sind für den billigen Preis von nur M. 10 — zu beziehen von
Aug. Dätmeyer, Maler, München, Corneliustr. 19 IV r.
Malern, welche die Vertretung übernehmen wollen, ist guter Nebenverdienst gesichert.

Wilh. Liebknecht
Portrait, letzte Aufnahme, prachtvolles Bild, Größe 46:32 Ctm. Preis 50 Pfg., zu haben bei
Jean Holze, Drehbahn 45, Hamburg.

Gerüst-Bau u. -Leih-Anstalt
von Emil Lyon, Altona,
Al. Freiheit Nr. 48. Fernsprecher Nr. 224.
Nützlich geschützte Leitergerüste mit durchgehender, völlig ebener Laufbahn.
D. R. G.-M. 132882. Patent angemeldet.

Schablonen für Wände u. Decken, durchwegs praktisch eingerichtet, schönste Dessins für Wände, flotte Ornamente für Decken. Musterkarten in Farbendruck empfiehlt
Markus Buchsbaum, Wien 1., Rathhausstr. 15.

MALERSCHULE zu HAMBURG
v. WILH. SCHÜTZE. PROSP. GRATIS
nur ERSTE PREISE u. MEDAILLEN

Der zweite Mejerewfondsbetrag in diesem Jahre, welcher durch eine Wochenbeitragsmarke zu zutreffen ist, muß im Monat August erhoben werden. Die Herren Kassirer ersuche ich, die Bücher von zureisenden Mitgliedern nachzuweisen, ob die beiden Mejerewfondsbeträge quittiert sind, und wenn dieses nicht geschehen, diese dann nachträglich zu erheben und es mir zu berichten.

Von jetzt an sind alle Korrespondenzen an das Bureau: Humboldtstr. 57, zu senden. Gelder jedoch nur auf meinen Namen lautend.

J. O. Busse, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

Bekanntmachung.
Der zweite Provinzialtag hat laut Beschluß vom 12. März 1899 vor der diesjährigen Generalversammlung stattzufinden und befinde ich denselben im Monat September nach Fürth, Gewerkschaftshaus, Hiltnerstraße ein. Das Datum wird den Filialen noch genau mitgeteilt. Tagesordnung: 1. Bericht der Agitationskommission und der Delegierten; 2. Zur Generalversammlung; 3. Bauarbeitertag; 4. Die Taktik zu unseren zukünftigen Lohnbewegungen; 5. Antage; 6. Verschiedenes. Die Delegierten sind verpflichtet, die Mitglieds- und Kassenbücher mitzubringen. Die Kosten haben die Filialen, bezw. Bahnhöfen, gleichviel ob sie vertreten sind oder nicht, proportional zu tragen. Anträge sind in längstens 14 Tagen an den Unterzeichneten einzusenden und werden dann den Delegierten rechtzeitig zugestellt.

Die Agitationskommission für Nord-Bayern.
J. U. v. Nacl, Nürnberg, Mohrmannstr. 10, 11.
Zur Beachtung!
Die Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter werden ersucht, die seiner Zeit zugesandten Fragebogen für die Sommerbauten 1900 ausgefüllt an den Unterzeichneten umgehend einzusenden.
G. Heinte, Hamburg, Brennerstr. 11, 1.

G. Job, Pinselgeschäft, Nürnberg,
Versandhaus von
Pinsel, Schablonen, Malerartikel, Farben und Lacke.
Preisliste franko. — Aufträge von M. 25.— an portofrei.

Malerschule für Holz- u. Marmor-Imitation
(Stuckmarmor und Stucklustre)
von A. Pritschau, Mammelburg (Bayern).
Gründliche, in der Praxis bewährte Ausbildung.
Beginn des Kurzes v. 1. Novbr. 1900 bis 15. Febr. 1901.
Prospekt gratis.

Malerschule Buxtehude.
Aelteste und größte Fachschule, abgekürztes Lehrverfahren. 1800 wieder erst. Preis.
Dir. Eislerweg.

Vorzügl. praktische Schule zur Ausbildung von tüchtigen Dekorationsmalern.
Prospekte gratis und franko von
Peter Eilers, München, Arnulfstr. 42 IV f.

Wichtig für Maler!
Allergrösste Auswahl v. fertigen Schablonen u. Zeichnungen.
Nur auf der Höhe der Zeit stehende Werke für Maler.
Moderne Stilrichtung.
Preis 6 M. Schablonen zur Decken- u. Wandmalerei für den praktischen Gebrauch, Größe 25 x 33.
In Naturalistischer, Renaissance u. englischem Charakter.
12 Tafeln.

Moderne farbige Skizzen
zur Deckenmalerei.
Preis 12 M. Größe 47 x 34. Inkl. 10 Tafeln Farbendruck.
Ganz besonders leicht und einfach gehalten.
Herausgegeben von Carl Lange.
Diesen Werken sind Preisverzeichnisse für Schablonen und Kaufen in natürlicher Größe beigegeben.

Berliner Maler-Schule
für fachgemäße Ausbildung in
Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen, Figuren etc. etc.
Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte Praktik und einfachste Technik gelegt.
Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März, per Semester 150 M.
Meiner Maler-Schule sind mehrere Erste Preise, Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien zuerkannt worden.
Prospekte der Malerschule gratis und franko.

Carl Lange,
Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen und Entwürfe,
Berlin SW., Gitschinerstr. 94 a.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 34 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.
Für die Redaktion verantwortlich: W. Mark, Hamburg.
Verlag von H. Wentker, Hamburg.
Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eilbek, Friedenstr. 4.